

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

26 (27.1.1894)

Beilage zu Nr. 26 der Karlsruher Zeitung.

Samstag, 27. Januar 1894.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 25. Jan. 22. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Günther.

Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz.

Abg. Rögler führt aus, daß mit den erfreulichen Vorlagen der erweiterten Gehaltsordnung zugleich eine solche der Steuererhöhung gebracht sei. Ueber die Erhöhung des Sages auf 2 M. 50 Pf. werde Niemand klagen, und hätte derselbe vor zwei Jahren keine Herabsetzung erfahren, so würde heute Niemand ein Wort darüber verlieren. Die stetigen Ausgaben für Gehalte, Pensionen ließen allerdings befürchten, daß die Einnahmen nicht Schritt zu halten vermögen mit den notwendigen Ausgaben, so daß weitere Steuererhöhungen sich als notwendig erweisen würden. Die Regierung, wie die Stände seien jetzt auf dem Punkte angelangt, an das Sparen gehen zu müssen.

Abg. Gerber betont einleitend, daß man schon vor zehn Jahren einmal vor einem Defizitbudget gestanden und daß es damals durch verschiedene Abstriche in den Ausgaben ohne Steuererhöhung abgegangen sei. Wenn auch das jetzige Budget etwas anders beschaffen sei, so dürfte man das damals angewandte Mittel nicht außer Acht lassen. Mit einer gewissen Absichtlichkeit stelle man die Reichsfinanzen in den Vordergrund, bei denen eine Stabilität allerdings wünschenswert sei. Ein Fehler sei der gewesen, daß man die Ueberüberschüsse aus dem Reich in die regelmäßigen Einnahmen eingestellt und danach die Ausgaben eingerichtet habe. Hätte man dieselben bei Seite gelegt, oder auf Schuldentilgung verwendet, so dürfte das Defizit nicht so groß geworden sein. Die geplante Erhöhung des Einkommensteuergesetzes werde sich ohne Schwierigkeiten einführen lassen, aber wenn von einer Erhöhung auf 3 M. 80 Pf. gesprochen werden wollte, so könnte das der Staat nicht ertragen. Die Verbesserung der niederen Beamten möchte er nicht zurückgestellt wissen, doch könne bei dem geplanten Gehaltstaxi noch manches gespart werden, so scheinen ihm die Pensionen zu hoch gegriffen, mehr als 4000 M. dürfe man für eine Pension nicht ausgeben und für Witwenpensionen dürfe die Höchstsumme von 2000 M. genügend sein. Was die Eisenbahnpolitik betreffe, so sei heute seiner Ansicht bezüglich der Schuldentilgung, die vor Jahren mit einem ironischen Rächeln aufgenommen worden sei, begehrt worden. Auch sonst könnte bei der Eisenbahn noch viel gespart werden; man brauche keine Luxusbauten aufzuführen und könne auch sonst mit mancherlei Luxus, der der Bequemlichkeit des Publikums diene, zurückhaltender sein. Die Eisenbahnverwaltung sollte mehr einen kaufmännischen Betrieb einrichten und sich selbst bezahlen machen. Er empfehle auf diesem Gebiet wiederholt die größte Sparsamkeit.

Abg. v. Stockhorner wendet sich gegen die letzten Ausführungen des Vorredners, auch im Sparen müsse ein gewisses Maß eingehalten werden, und was das Sparen bei der Eisenbahnverwaltung betreffe, so sei es bedenklich, einer übertriebenen Sparsamkeit das Wort zu reden. Gerade hier habe man mit durch Sparen oft recht schlechte Geschäfte gemacht. Er erinnere hierbei an Terrainkäufe, die man aus Sparfamkeitstrübsicht oft so lange hinausgeschoben, bis sie wesentlich höhere Summen beanspruchten hätten, wie dies bei dem deutschen Bahnhof in Basel beispielsweise der Fall gewesen. Einen wesentlichen Grund der gegenwärtigen prekären Lage erblicke er in der vor zwei Jahren vorgenommenen Steuerermäßigung, die das Volk geringer anschlage, als eine Entlastung in den Gemeinde- und Kreisumlagen. Damals sei man erstaunt gewesen über den von der Regierung gemachten Vorschlag, und zwar nicht nur in der Kammer, sondern auch bei gewissen anderen Stellen. Die Verringerung der Einnahmen sei im Hinblick auf die abgeschlossenen Handelsverträge zu erwarten gewesen. Eine Zwischenbemerkung über die staatsrechtliche Seite der Abstimmung Badens im Bundesrathe möge ihm gestattet sein; die Ansicht Muser's, als ob die Mitglieder des Bundesrathes Vertreter des Staates seien, könne er nicht theilen, gegen diese Auffassung Widerspruch zu erheben, halte er für die Pflicht eines konservativen Politikers. Die Bundesrathsmitglieder seien Vertreter der Regierung, wobei es nicht ausgeschlossen sei, daß der Landtag berechtigt sei, Kritik an den Abstimmungen zu üben. Zur Steuerermäßigung zurückkehrend, führt Redner aus, daß er derselben zugestimmt, weil das Haus sich in einer Zwangslage befunden und weil er angenommen, daß die größere Sachkenntnis des Finanzministeriums mehr als die der Abgeordneten in der Beurteilung der Frage der Herabsetzung in Betracht komme. Heute allerdings sehe man, daß dieselbe ein schönes Brillantfeuerwerk gewesen sei, dem jetzt das Dunkel gefolgt. Die Decadence in den Staatseinnahmen sei schon auf dem letzten Landtag in die Erscheinung getreten, wenn auch nicht wie heute, während dies vor vier Jahren, als die Abgeordneten eine Steuerermäßigung empfahlen, nicht der Fall gewesen sei. In Bezug auf die Einkommensteuer halte er es für unerlässlich, daß die Klassen der Steuerzahler feststehen, während die Steuerfüße einer Aenderung unterzogen werden können. Den von der Regierung vorgeschlagenen Ausschluß der unteren Klassen könne er nicht

befürworten. Dieser habe Miquel, den er noch zu den Nationalliberalen gerechnet, ein großes Finanzgenie genannt, er wolle nur hoffen, daß die Nationalliberalen in dessen Fußstapfen wandern. Front machen müsse er gegen die Ansicht Hug's, der seine Zustimmung zum Gehaltstaxi abhängig mache von der Deckungsfrage. Zu dem Mittelstand, den man ja schützen wolle, gehören auch die kleinen Beamten; dieselben sollten entsprechend aufgebessert und die höheren Einkommen entsprechend stärker herangezogen werden.

Abg. Frank hält das Defizit, das durch die badischen Einnahmen und Ausgaben verursacht, im Hinblick auf die vor zwei Jahren gewährte Steuerermäßigung für belanglos. Er sei durch dieselbe sehr befriedigt gewesen, wenn er sich auch gefügt, daß dieselbe nicht aufrecht erhalten werden könnte. Die jetzige Erhöhung habe noch die Wirkung, daß die niederen Einkommen nicht belastet werden sollen. Auch er halte es für notwendig, daß die Belastung nach oben zu vollzogen werde. Er sehe aber auch die Zukunft nicht so ungünstig an, wie dies hier geschehe. Er sei überzeugt, daß die Einnahmen aus Staatsbesitz nicht zurückgehen würden, daß namentlich die Einnahmen aus Domänenbesitz größer werden, als sie im Budget eingestellt. In den Ausgaben sei in den letzten Perioden vielleicht etwas Luxus geübt worden und man habe sich manches gestattet, was man nur thue, wenn man viel Geld habe. Das jetzige Budget sei vorzüglich aufgestellt, und in der Kommission sei bis jetzt kaum ein Punkt entdeckt worden, bei dem gespart werden könne. Der Regierung, die vollen Einblick in das Staatsgetriebe habe, werde es vielleicht gelingen, noch etwas weiter in den Ausgaben zurückzuhalten, als es bis jetzt der Fall, was einer Kommission herauszufinden schwer sei. Nicht vergessen dürfe man, daß die Mehrausgaben im letzten Budget durch die Kammer veranlaßt worden seien, die die Regierung zu denselben gedrängt habe. Was die neue Beamtenvorlage betreffe, so stelle dieselbe gleichfalls die Erfüllung eines Wunsches der Kammer dar; die Kammer habe jetzt alle Ursache, ihr Versprechen dem Beamtenstand gegenüber einzulösen. Die Hauptursache des Defizits liege im Verhältnis zum Reich. Das bestehende Verhältnis könne auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleiben, vorerst müsse man aber damit rechnen. Die Einnahmen des Reichs seien durch die abgeschlossenen Handelsverträge schon jetzt um 40 Millionen vermindert und würden durch Annahme des russischen Handelsvertrags noch weiter zurückgehen. Trotzdem halte er für richtig, daß der Reichstag sich zu den jetzigen Steuererhöhungen ablehnend verhalte, wenn er auch nicht beabrede wolle, daß bei einem Plebiszit das Volk sich in seiner Mehrheit für den Tabak und gegen eine Steuererhöhung aussprechen werde. Ein Volksvertreter dürfe sich aber nicht auf diesen Standpunkt stellen, sondern müsse fragen, was den wirtschaftlichen Interessen fromme und welche Volksklassen am meisten belastet würden. Was die Aenderung des Steuersystems betreffe, so sei er nicht im Zweifel gewesen, daß der Finanzminister derselben ein Entgegenkommen zeigen werde. Man dürfe jetzt wohl hoffen, daß Baden ein Einkommensteuergesetz erhalte, das mehr den steuerlichen Verhältnissen entspreche, als das alte. Weiter möchte er sich den Wünschen anschließen, die dahin gingen, möglichst scharfe Strafmaßregeln in Anwendung zu bringen. Nicht bei kleinen, sondern bei großen Geschäften und Steuerkapitalien fänden Steuerdefraudanten statt. Redner befürwortet endlich die Erhöhung der Jagdpachtzins und redet einer weiteren Erhöhung der Hundsteuer das Wort, die obenrein den Vorzug habe, daß die Hälfte derselben den Gemeinden zugeführt werden.

Abg. Rüdiger hebt hervor, daß seine Partei am meisten interessiert gewesen sei bei den Ausführungen des Finanzministers, namentlich in Bezug auf dessen Ausführungen bei der Steuerreform. Auch er befürworte die progressive Einkommensteuer, die zur Entlastung der unteren Klassen beitragen solle; er befürchte nicht, daß durch eine kräftigere Heranziehung der tragfähigen Schultern die kapitalkräftigen Leute aus dem schönen Baden gerieben würden. Auch die Reform einer Erbschaftsteuer komme ihm sehr willkommen. Was die Beamtenvorlage betreffe, so stehe seine Partei derselben sympathisch gegenüber, wenn er auch die Einhaltung einer gewissen mittleren Grenze gewünscht hätte. Besonders erfreut sei er aber über die vom Eisenbahnminister in Aussicht gestellte Reform auf dem Eisenbahngebiete gewesen; auch er wolle kein gefährliches Experimentiren, doch könnte man wohl mit erprobten Einrichtungen anderer Staaten bei uns den Versuch machen. Der ledere Bureaucratismus auf dem Eisenbahnwesen sei durch den jetzigen Vertreter dieses Ressorts, der ein erfahrener, weitgereister Mann sei, beseitigt. Gar nicht zu haben aber sei seine Partei für die Institution der Amtsverklünder, die eine trübe Quelle für politische Streber bilde und mit der aufzuräumen endlich einmal an der Zeit sei.

Abg. Wildens möchte als späterer Berichterstatter über das Eisenbahnbudget und Beamtengesetz zu dem Gehörten sich einige Bemerkungen erlauben. Mit Muser seien alle der Ansicht, daß man bei einer gesunden Eisenbahnpolitik nicht die finanziellen, sondern die volkswirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellen müsse. Sehr fraglich sei allerdings, ob zu einer solchen

Politik der Zonentarif gehöre. Alle diese Fragen seien in der Kommission auf dem letzten Landtag eingehend erörtert worden und man habe damals die Ueberzeugung gewonnen, daß für Baden wie für Deutschland der Zonentarif nicht zu empfehlen sei. Eine zeitgemäße Reform auf dem Personentarifwesen sei anzustreben und hier dürfe man doch nicht gering anschlagen, was die Eisenbahnreformer gethan, wenn sie auch manchmal über das Ziel hinausgeschossen. Der Minister habe sich ja auch sympathisch geäußert, er solle aber auch kalten Blutes sein, denn bei weitgehenden Tarifermäßigungen würde der Verkehr nicht in dem Maße zunehmen, als der Ausfall eine Rolle spiele, und gerade in der heutigen Zeit dürfe die Rente keinen Ausfall erleiden. Auch die Güte unseres Wagenmaterials dürfe man nicht geringwerthiger herstellen, um die Konkurrenz mit Erfolg aufnehmen zu können. Auch die Frage der Ueberbürdung der Eisenbahnbediensteten sei bereits auf dem letzten Landtag eingehend behandelt worden; die Regierung werde bei den betreffenden Verhandlungen gefragt werden, was hier geschehen sei. Was das Beamtengesetz anbelange, so sei auch er damit einverstanden, daß die Kosten der Militärvoelage nicht mit gedeckt würden durch den Wegfall dieser Vorlage. Man werde dieselbe von Fall zu Fall prüfen und zusehen, ob so weit, wie die Regierung vorgeschlagen, zu gehen sei. Auch er möchte hierbei aussprechen, daß die Art und Weise, wie in gewissen Beamtenkreisen agitiert werde, zu tabeln sei, hier wäre eine gewisse Zurückhaltung sehr zu empfehlen. Die Beamten schädigten durch die übertriebene Agitation ihre eigene Sache selbst am meisten. Sehr wenig sympathisch sei ihm die auch von anderer Seite gewünschte Aufhebung der Unterscheidung zwischen akademischen und nicht akademischen Beamten. Was das Accisgesetz von 1890 betrafte, so bedauere er, daß dasselbe nicht zu Stande gekommen, er hoffe, daß dasselbe wieder eingebracht werde. In Bezug auf die legislatorischen Anregungen schließe er sich den Ausführungen Fieser's an und freue sich zugleich, daß dieselben eine so wohlwollende Aufnahme gefunden. Die Kapitalrentensteuergesetzgebung könnte vielleicht schon auf diesem Landtag eine Verbesserung erfahren; es sei ein öffentliches Verlangen, wenn sich bei Nachlassheilungen große Steuerentziehungen herausstellten. Redner hält ferner eine mäßige Erbschaftsteuer mit Progressivstufen nach oben für durchführbar und angebracht. Weiterhin halte er für gut, wenn die Gewerbesteuerkapitalien in einem ermäßigten Betrage zur Gemeindefsteuer herangezogen würden, auch einer Besteuerung des Haushandels, die in weiten Kreisen erwünscht, sollte stattgegeben werden. Hier könnte noch auf dem jetzigen Landtag etwas geschehen. Die Finanzlage sei keine rosig, doch halte er sie auch nicht für schlimm, und weil man es nur mit einem vorübergehenden Mißverhältnis zu thun habe, so möchte er davor warnen, mit der Steuererhöhung zu weit zu gehen.

Abg. Wacker wendet sich zunächst gegen den Finanzminister, der seinen Amtsvorgänger in Sachen des Steuererlasses zu vertheidigen gesucht habe, ein Versuch, der zwar nobel, aber doch nicht glücklich sei. Der damalige Finanzminister habe sich durchaus in keiner Zwangslage befunden, auch habe denselben die Kammer nicht gedrängt, ganz abgesehen davon, daß Elstätter nicht der Mann gewesen sei, der sich habe drängen lassen. Die Kammer sei in einer Zwangslage gewesen, eine Thatsache, die der damalige Finanzminister auch offen zugegeben. Uebertrahst habe es ihn ferner, daß der jetzige Finanzminister bestritten, daß die Regierung mit ihrer Stellungnahme zu den Steuervorlagen sich im Widerspruch mit dem Volke befunden habe; demgegenüber bemerkte er, daß dieselbe im verfloffenen Sommer sehr gut hätte wissen können und müssen, daß das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit gegen die Steuererhöhung gewesen. Auffällig sei die Haltung des badischen Gesandten im Reichstag, der doch über die Stimmung der Kammer nicht hätte im Zweifel sein können, die durch eine Abstimmung noch obenrein feststehe. Was die steuerreformatischen Pläne anlange, so könne er einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten in gewisser Einschränkung das Wort reden. Auch er lege ein großes Gewicht auf eine scharfe Kontrolle der steuerpflichtigen Vermögen, wobei er nicht befürchte, daß die reichen Rentner aus dem Lande zögen. Ferner verlange er durchgreifende Garantien für eine richtige Fassung; die Pflicht, richtig zu fatiren, könne verstärkt werden durch Erweiterung der Kompetenzen der Steuereinschätzer, ohne daß sie zu Schnüfflern herabstiegen. Das, was man Steuerdefraudation heiße, sei ein Spital, dessen Zusaffen aus allen Gesellschaftskreisen stammten. Auch die Ausführungen des Eisenbahnministers über strategische Bahnen hätten ihn überrascht. Er gebe zu, daß die Vertreter Badens bei den Verhandlungen ihren Mann gestellt, Niemand aber werde bestritten, daß man das sehr schmerzliche Gefühl haben müsse, wie stark man in Berlin und wie schwach man in Karlsruhe sei. Als der Vertreter von Rastatt im Reichstag bei dieser Gelegenheit seinen bekannten Antrag gestellt, da habe man in badischen Regierungskreisen gesagt, daß diese Rede Lender's Baden eine Million kosten werde. Jetzt dürfe er wohl erwarten, daß die Frage der Sicherheit des badischen Gebietes als eine Frage der Sicherheit des Reiches angesehen werde. Redner polemisiert sodann gegen Fieser, der sich in

starken Ausdrücken über einen Artikel der demokratischen Presse ausgelassen, der die Stellung der Nationalliberalen zur Tabakfrage und ihre Abstimmung behandelt. Die Nationalliberalen hätten wohl gegen das Gesetz votirt, aber die Konsequenz der Regierung gegenüber nicht daraus gezogen, sondern mit einem verständnißvollen Blick zum Finanzminister das Lied angestimmt: „Doch ich bin zufrieden!“ Was das Beamtengezet angeht, so hoffe er, daß Jng über seine Bedenken hinauskomme und den Beamten in der Richtung nach unten zukommen lasse, was die Regierung vorgeschlagen. Jetzt wolle er sich auf ein anderes Gebiet begeben, da die heutige Verhandlung die passendste Gelegenheit böte, die Stellung zur Regierung darzulegen, und zwar um so mehr, als man einer neuen Regierung gegenüberstehe. Einen bestimmten Anlaß aber habe er deshalb, weil seine Partei bestimmte Bestrebungen und Forderungen vertrete, deren Erfüllung von der Stellung der Regierung zu denselben abhängig sei. Die Aenderung in der Regierung gereiche seiner Partei zur großen Genugthuung, denn der früheren Regierung habe seine Partei kein Vertrauen entgegenbringen können. Er werde niemals vergessen, welche Rolle Turban gespielt, als 1879/80 und 1887/88 sich die Aussicht eröffnet habe, daß wenigstens ein Theil der Forderungen der Kirche sich verwirklichen sollte. Ungerecht und kränkend sei das Urtheil dieses Mannes gewesen und schmerzhaft habe man es empfunden, daß gerade an der Stelle, bei der auf eine gerechte Beurtheilung Werth zu legen gewesen, dieselbe so viel als möglich ferngehalten wurde. Er werde nie vergessen, mit welcher Schroffheit der frühere Chef der Regierung die Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit abgelehnt habe, und man werde es nicht vergessen, welche bedeutlichen Fortschritte jene politische Schulung gemacht habe. Auch die Aenderung im Finanzministerium gereiche seiner Partei zur Genugthuung, gewiß sei manches Lob gerecht gewesen, das dem früheren Vertreter gesendet, verdunkelt sei es worden durch den Abschluß, denn der jetzige Minister habe keine beneidenswerthe Erbschaft angetreten. In ihrer letzten Periode habe Estätter mehr als die übrigen Minister die Neigung gezeigt, sich von den Einflüssen der herrschenden Partei zu emanzipiren, und das verdiente Anerkennung. Habe er doch einem Abgeordneten zugerufen: „ich fühle mich nicht berufen, Ihre Wahlen zu machen!“ Aber auch dieser Zug sei verdunkelt worden durch jenen der Rücksichtslosigkeit, den man auch in diesem Hause kennen gelernt. Es liege also kein Anlaß vor, den Geschiedenen eine Ehrwürde nachzuweisen. Die eingetretene Aenderung habe den Charakter einer politischen Demonstration und er brauche nicht anzuführen, gegen wen dieselbe sich richte. Seine Partei erhebe nicht den Anspruch und habe auch keinerlei Neigung, die freie Entschliebung der Krone, ihre Nähe zu bestellen, zu beeinträchtigen, seine Partei wünsche nicht die Regierung einer Partei, sondern eine solche des Großherzogs, sie wolle eine Regierung, deren Mitglieder seiner Partei Dank schulden und keinen besonderen Dank erweisen oder zum Dank verpflichten, eine Partei, die jeder Partei sagen kann, sie fühle sich nicht berufen, Wahlen zu machen. Die Beachtung der Regierung sei aber seit Jahrzehnten einer Partei zu Theil geworden, daß man sagen müsse, diese Partei sei die herrschende. Ohne diese Beachtung wäre 1876 nach Jolly nicht Turban gestiegen und 1881 v. Stöffer nicht gefallen. Eine solche Beachtung und Berücksichtigung der politischen Strömung dürste nicht das Privilegium einer einzigen Partei sein. Nach dieser Seite hin fühle sich seine Partei gleichwerthig und als eine solche müßte sie auch behandelt werden. Und dieses Gefühl sei verschärft worden durch die Empfindung, daß man habe zeigen wollen, daß diese Gleichwerthigkeit nicht anerkannt sei. Etwas von dieser Signatur trage auch diese Regierung an sich und diese werde gefunden in der Besetzung des Ministeriums des Innern. Dasselbe bilde so recht die politische Abtheilung des Gesamtministeriums, gegen dieselbe hätten wiederkehrend seit Jahren die Wahlergebnisse eine deutliche Sprache geführt. Der Leiter dieses Ministeriums sei auf dem letzten Landtag so weit gegangen, seiner Regierung zu erklären, er betrachte es als seine Lebensaufgabe, den Bestrebungen seiner, der Centrumpartei, entgegen zu treten, wie und wo er könne. So lange aber derselbe diese Sentenz nicht zurückgenommen, so lange könne von Vertrauen keine Rede sein. An der Thüre desselben hätte der Mann, der zur Bildung des Ministeriums berufen, vorübergehen müssen. Bei der Beurtheilung des Ministeriums werde dabei nicht übersehen, daß dasselbe das Vertrauen einer Stelle besitze, der gegenüber besondere Pflichten vorhanden seien. Seine Partei werde die Thaten des neuen Ministeriums abwarten. Zwei Ministerien hätten ihre Leitung behalten, das Justiz-, Kultus- und Unterrichtsministerium und das Ministerium des Innern. Doch sei es etwas anderes, Ressortminister zu sein oder Chef des Ministeriums. Eine Aenderung der Gesinnung des Ministeriums des Innern werde er mit großer Genugthuung begrüßen. Einen sehr großen Rückhalt schein derselbe am Gesamtministerium, wie besonders an dem Finanzminister zu haben, da es auffällig sei, daß Eisenlohr es für zeitgemäß gehalten habe, die durch nichts begründete Aufbesserung einiger Amtsvorstände zu beantragen. Redner berührt sodann einige Wünsche politischer und kirchenpolitischer Natur. Er wünsche, daß kein Anlaß zu der Meinung geboten werde, die Oberleitung der nationalliberalen Partei sitze in Bezug auf Presse und Wahlen im Ministerium des Innern. Die kirchenpolitischen Forderungen kenne die Regierung, dieselben würden nicht verstummen. Die Reste der Kulturkampfgesetzgebung müßten aus Baden hinausgeschafft werden. Er wünsche, daß eine Hochschätzung der idealen Güter der christlichen Religion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bemerkbar werde. Zeige man den

Wünschen der katholischen Kirche gegenüber ein weites Herz, so würden nicht nur die kirchlichen, sondern auch die staatlichen Interessen gewahrt.

Staatsminister Noff glaubt in der allgemeinen Debatte es sich versagen zu dürfen, auf spezielle Fragen einzugehen. Er wolle nur in kurzen Worten erklären, wie das neue Ministerium zu Stande gekommen sei, eine Programmrede zu halten beabsichtige er nicht. Das neue Ministerium sei nicht durch eine politische Krise hervorgerufen worden, sondern dadurch, daß zwei ausgezeichnete Mitglieder ausgeschieden, daß der Präsident des Staatsministeriums durch sein hohes Alter die dringendste Veranlassung gehabt habe, sich von dem Staatsministerium zurückzuziehen. Es sei dies ein Verlangen gewesen, dem auf die Dauer und auf wiederholten Wunsch nicht hätte entgegengetreten werden können. Ebenso sei es begreiflich gewesen, daß ein Mann, der 25 Jahre die Finanzen geleitet habe, den Beruf in sich gefühlt habe, etwas aufzuathmen. Es sei aber nothwendig gewesen, das Gesamtministerium so zeitig zu bilden, um die Vorlagen für die Stände fertigzustellen und besonders den Nachtrag zum Gehaltsarif, der doch nicht von dem Minister ausgearbeitet werden konnte, der ihn vor der Kammer nicht vertreten haben würde. Das sei der einfache Gang der Sache gewesen. Der Wechsel sei aber auch kein unwahrscheinliches gewesen. Der Herr Abgeordnete für Göttingen habe gesagt, die Wahl der Minister sei Sache der Krone, das sei gewiß vollkommen richtig; das Ministerium stehe nun vor der Kammer, die das Recht der Kritik habe. Dagegen aber müsse er sich verwahren, als ob die Regierung irgend eine Parteiregierung sei, die Regierung stünde über den Parteien und werde ihre Unbefangenheit allen Parteien gegenüber zu wahren wissen. Er begreife auch nicht die Angriffe auf die abgegangenen Minister, die als Persönlichkeiten bezeichnet worden, die von besondrer abgeneigter Gesinnung gegen die rechte Seite des Hauses gewesen seien.

Der Vorredner habe auf die kirchenpolitischen Gesetze von 1879/80 und 1887/88 abgehoben. Den ersten Vorwurf verleihe er nicht, er glaube doch nicht, daß der Herr Vorredner den Regierungskommissar bei den theologischen Prüfungen vermisste. Das Hohe Haus sei damals weiter gegangen, als die Regierung ursprünglich vorgeschlagen, und das mit den Ständen vereinbarte Gesetz habe sich auch vollkommen bewährt. Damals sei eine gute Grundlage geschaffen worden, so daß er nicht begreife, wie man daraus dem früheren Staatsminister einen Vorwurf machen wolle. Was den Vorgang von 1887/88 betreffe, so habe sich desselben eine Regenbildung bemächtigt. Der damalige Gesetzentwurf sei im Staatsministerium einhellig gebilligt worden. Der Staatsminister sei bezüglich des vielbesprochenen Artikel 4 nicht mehr zu Wort gekommen, während er im Hohen Ersten Hause denselben verteidigt habe.

Er könne nicht zugeben, daß aus diesen beiden Vorgängen der Schluß gezogen werde, es sei von Seiten des früheren Herrn Staatsministers eine besondere Abneigung gegen die rechte Seite des Hauses vorhanden gewesen. Die gegenwärtige Regierung wolle unbefangen und unparteiisch nach besten Kräften das Gesamtwohl des Volkes zu fördern suchen auf allen Gebieten in freiem Zusammenarbeiten mit der Volksvertretung. Ob dies Ziel erreicht werde, hänge wesentlich auch von der Unterstützung der Volksvertretung ab. Was nun die religiöse Seite betreffe, so habe er noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß die christliche Kultur die vollste Beachtung jedes deutschen Staatsmannes und Ministers finden müsse. Das Volk lebe in einer christlichen Atmosphäre und was die Kirchen Gutes und Bortreffliches thun können, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden, das wisse jede Regierung voll zu würdigen. Möchten nur die kirchlichen Korporationen von der Freiheit, die ihnen das Gesetz vom Oktober 1860 in allen wesentlichen Punkten gegeben habe, den entsprechenden Gebrauch machen. Er habe sich gefreut, daß der Vorredner gesagt, man müsse auch der kulturellen Aufgabe gerecht werden. Nur mit der Fürsorge für die wirtschaftlichen Angelegenheiten, so wichtig diese heute seien, sei kein deutscher Staat auf der Höhe zu erhalten, man müsse auch die geistigen Güter selbst in ungenügenden Zeiten zu fördern suchen.

Er wolle sich auf diese Bemerkungen beschränken und nochmals betonen, daß kein Grund vorhanden sei, der Regierung einseitige Tendenzen vorzuwerfen. Wahlen mache die Regierung überhaupt nicht. Das käme wohl in andern Staaten, beispielsweise in Republiken vor, wo die Leitung der Wahlen eine wichtige Rolle spiele, in Baden sei das Volk so frei, seine Wahlen selbst zu besorgen. Was die Regierung aber thun müsse, das sei der Standpunkt der Regierung zu wahren, wenn sie von der einen oder anderen Seite mit Heftigkeit angegriffen werde. Die Angriffe seien das Recht der Parteien und die Verteidigung das Recht der Regierung, das sie sich — es sei dies ihre Pflicht — nicht nehmen lasse. Daß die Verhältnisse schwierige seien, wisse die Regierung, sie wolle sie mit der Volksvertretung redlich zu bessern suchen und da solle man nicht das Trennende, sondern das Gemeinliche im Auge behalten. (Beifall.)

Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Eisenlohr leitet seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß vor jetzt ungefähr zwei Jahren ihm erklärt wurde, daß er das Vertrauen des Abgeordneten Wacker nicht besitze, der damals auch noch hervorgehoben, daß er einen großen Theil des Volkes hinter sich habe. Er (der Minister) habe diese damalige Erklärung Wacker's nicht tragisch genommen, weil er sich gesagt, daß ein nicht minder großer Theil des Volkes auf seiner Seite stehen würde und wohl auch habe hoffen dürfen, daß es ihm durch seine Verwaltung gelingen werde, dieses Mißtrauen zu entkräften und zu zeigen,

daß auch ihm das Wohl des Volkes am Herzen liege. Er glaube auch, daß ihm das bis zu einem gewissen Grade gelungen sei und der Eine oder Andere die Ueberzeugung erhalte, daß das Mißtrauen nicht gerechtfertigt gewesen. In den Wahlergebnissen — eine Stimme herüber oder hinüber komme nicht in Betracht — habe er nicht finden können, daß ein Mißtrauen vorhanden. Man möge, was er gethan, mit aller Freiheit und Schärfe kritisiren, er werde sich zu verteidigen wissen. Wacker habe auch heute wieder eine Aeußerung von ihm vor zwei Jahren zurückgegriffen, aber auch heute nicht des Zusammenhangs Erwähnung gethan, in welchem sie gefallen. Er habe dieselbe gethan, als Wacker eine längere Rede gegen ihn gehalten und es als sein Ziel hingestellt, die Gesetzgebung Badens seit 1860 wieder rückgängig zu machen. An dieser Gesetzgebung habe er nach seinen Kräften mitgearbeitet. Die Zumuthung zu machen, diese Gesetzgebung zurückzunehmen und zu erklären, daß dies alles vom Uebel gewesen sei, habe er zurückgewiesen und in diesem Zusammenhang sei dann die zitierte Aeußerung gefallen. Er habe aber diese Aeußerung gegen Wacker gethan, der weder die katholische Kirche, noch die Katholiken Badens und nicht einmal die Centrumsfraktion sei, weil er die Ziele Wacker's und die Art, wie er sie zu erreichen suche, mißbillige. Er halte deshalb auch heute noch an seinem Ausspruch fest, und wenn Wacker meine, er werde nach Kanossa gehen, so bedauere er, diesen Glauben zerstören zu müssen. (Beifall.) Wenn Wacker seine Ziele beschränke und anerkenne, daß es auch Rechte des Staates und Andersdenkender gebe, so sei er bereit, zu zeigen, daß er ein volles Verständnis für die Bedürfnisse der Kirche habe und für den hohen Werth des kirchlichen Friedens im Lande gegenüber den Bestrebungen, die der staatlichen Ordnung drohten. Er sitze neben seinem Freunde Noff, mit dem er in den politischen Ansichten vollkommen übereinstimme und hoffe, bei anderen für das, was er in seiner Verwaltung gethan, Billigung zu finden. Unverständlich sei ihm, wie Wacker die Frage der Aufbesserung einiger Amtsvorstände in diese Debatte gezogen habe. Er habe eine solche vorgeschlagen, weil er sie für zweckmäßig gehalten, und er hoffe die Kammer zu überzeugen, daß diese Forderung begründet sei. Er bemerke zum Schluß, daß er sich den Ausführungen des Chefs des Ministeriums anschließe, daß zwischen allen Kollegen ein vollständiges Einverständnis bestehe und daß das Ministerium bemüht sein werde, seine Aufgabe zum Wohle des Volkes zu lösen.

Minister des Groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. Brauer greift auf die Ausführungen Wacker's zurück über die Haltung der badischen Bundesrathsbevollmächtigten, die derselbe einer abfälligen Kritik unterzogen habe. Nachdem bekannt geworden, daß Baden im Bundesrath gegen die Weinsteuer gestimmt habe, habe für die Regierung kein Bedürfnis vorgelegen, diesen Standpunkt im Reichstag nochmals zu betonen. Die Bevollmächtigten hätten daher die Weisung erhalten, sich nur dann im analogen Sinne auszusprechen, falls im Reichstage von irgend einer Seite auf die Stellung Badens provokirt werden oder falls eine mißverständliche Auffassung derselben zu Tage treten sollte. Beide Fälle seien nicht eingetreten. Platenhorn habe die Stellung der Regierung ganz richtig wiedergegeben, er habe die Erklärung des Finanzministers sogar wörtlich zitiert, so daß für den Bundesbevollmächtigten kein Anlaß vorgelegen sei, das Wort zu ergreifen. Anders sei die Sache bei dem Tabak gewesen. Auch damals sei die Instruktion erteilt worden, eventuell, falls es nach dem Verlauf der Verhandlungen erforderlich schein, im Sinne der Rede des Finanzministers in diesem Hause sich anzusprechen. Er wisse nicht, in wiefern man diese Instruktion der Regierung zum Vorwurf machen könne. Wohl wisse die Regierung, daß viele Mitglieder dieses Hauses in der Tabakfrage anderer Meinung seien; die Kammer werde aber doch nicht erwartet haben, daß die Regierung ihre Meinung über die Weinsteuern geändert habe. Die Regierung habe nach wie vor die Ueberzeugung, daß es bei der dermaligen finanziellen Lage des Reiches sowohl im Interesse desselben wie in dem der Einzelstaaten durchaus nothwendig sei, den Tabak in höherem Maße zu den Lasten des Reiches heranzuziehen. Demgemäß habe die Regierung gestimmt und es sei nur korrekt gewesen, wenn der Vertreter Badens diese Stellung auch dem Reichstag gegenüber zum Ausdruck gebracht habe.

Abg. Kiefer tritt bezüglich der Reform der Steuer-gesetze den zierlichen Ausführungen bei und polemisiert gegen die Ausführungen Wacker's, die dargethan, seine, die nationalliberale Partei, habe in Bezug auf die Tabaksteuer einen Gesinnungswandel vollzogen. Das sei nicht der Fall. Man habe sich dem Gedanken zugeeignet, daß der Tabak ein steuerfähiges Objekt sei, andererseits habe man erkannt, daß der gegenwärtige Entwurf unannehmbar sei. Redner nimmt sodann eine Charakterisierung Wacker's vor, der schon von Baumstark und von dem verstorbenen Fraktionskollegen desselben nicht als friedliebend hingestellt worden sei. Würde Baden Minister gehabt haben, die Herrn Wacker gefallen hätten, dann würde seine Partei eine andere Sprache geführt haben; er hoffe auch, daß Wacker kürzere Zeit in diesem Saale sein werde, als der Minister Turban, den Wacker heute so heftig angegriffen; gerechten Forderungen der Kirche sei er stets zugänglich gewesen, Wacker würde es am liebsten sein, an Stelle der Verfassung das Konfordat zu setzen, Bestrebungen, denen er allerdings nie zustimmen werde. Die bestehende Regierung sei nur eine Fortsetzung der früheren, bei deren Kennung man Turban und Estätter nicht vergessen dürfe, die sich große Verdienste um den Staat erworben. Das Wort Estätter's bezüglich der Wahlen sei ungeschickt gewesen; seine (Kiefer's) Partei

Dr. 302. Uebersicht der Ergebnisse der an den badischen meteorologischen Stationen angestellten Beobachtungen, nebst Wasserstandsaufzeichnungen an den wichtigsten Hauptpegeln des Rheins im Monat Dezember 1893.

Stationen	Luftdruck in mm										Lufttemperatur in Celsiusgraden.															
	Höchster		Niedrigster		Monatsmittel		Wahres Monatsmittel		Mittl. Max.		Mittl. Min.		Mittl. aus Maximum und Minimum		Höchste		Niedrigste		Fünftägige Temperaturmittel							
	Dat.	mm	Dat.	mm	7 Uhr M.	3 Uhr N.	7 Uhr M.	3 Uhr N.	mm	mm	mm	mm	Dat.	°C	Dat.	°C	2-6.	7-11.	12-16.	17-21.	22-26.	27-31.				
Meersburg	439.5	726.9	16.	740.2	20.	711.0	-1.0	0.7	-0.8	-0.5	1.6	-2.3	-0.4	3.9	14.	7.8	31.	-10.5	13.	6.9	-2.5	-1.8	3.8	0.3	1.4	-4.7
Hörschenschwand	1006.4	677.2	16.	690.8	20.	663.4	-2.2	0.0	-1.9	-1.5	1.6	-4.6	-1.5	6.1	18.	10.2	30.	-14.8	11.	10.2	-5.2	-1.4	1.9	3.9	-1.8	-7.1
Donaufschingen	689.9	704.3	16.	717.4	20.	689.1	-3.9	-0.5	-3.4	-2.8	0.5	-6.1	-2.8	6.6	14.	7.3	31.	-14.5	9.	12.7	-5.0	-4.3	1.4	-1.8	-0.6	-7.0
Billingen	714.5	702.2	16.	715.2	20.	687.0	-4.6	-0.2	-4.0	-3.2	0.7	-6.7	-3.0	7.4	14.	6.5	7.	-15.6	9.	15.6	-3.7	-5.0	1.1	-1.3	-1.0	-7.8
Lodnauberg	1021.5	675.5	16.	688.1	20.	661.8	-2.3	0.5	-1.8	-1.3	1.7	-4.3	-1.3	6.0	18.	11.0	31.	-13.2	8.	10.1	-4.5	-1.6	2.2	3.7	-1.8	-6.3
Badenweiler	401.4	729.9	16.	742.8	20.	713.4	-0.4	2.1	0.3	0.6	3.5	-2.4	0.5	5.9	14.	13.5	31.	-11.0	20.	13.1	-3.0	0.6	6.1	1.9	1.7	-4.3
Freiburg	281.4	740.9	16.	754.0	20.	723.8	0.3	2.8	1.3	1.4	4.2	-2.0	1.1	6.2	14.	14.1	31.	-11.0	20.	14.7	-1.6	0.5	7.1	1.8	3.1	-2.7
Gengenbach	181.2	750.1	16.	763.7	20.	732.5	-0.3	2.8	0.4	0.8	3.5	-2.3	0.6	5.8	13.	12.5	31.	-10.5	20.	13.5	-1.8	0.0	5.1	1.7	2.2	-2.8
Kniebis	903.7	685.3	16.	697.8	20.	670.9	-2.1	0.3	-1.8	-1.3	1.6	-3.9	-1.1	5.5	18.	9.9	30.	-13.4	4.	11.1	-5.0	-1.2	2.7	3.8	-1.7	-6.9
Baden	216.9	746.4	16.	760.2	20.	738.1	-0.2	2.4	0.5	0.8	4.1	-1.9	1.1	6.0	14.	13.5	31.	-9.4	15.20.	14.4	-1.2	-0.7	5.0	1.4	2.3	-2.6
Karlsruhe	123.8	755.4	29.	769.9	20.	735.1	-0.3	3.0	0.9	1.1	3.9	-1.7	1.1	5.6	13.	12.5	31.	-10.5	20.	14.6	-1.4	-0.4	5.4	1.9	2.8	-2.1
Bretten	187.8	749.2	29.	763.4	20.	730.0	-1.6	2.0	-0.5	0.2	3.2	-3.7	-0.2	6.9	13.	11.0	31.	-11.5	9.	14.0	-2.8	-2.3	3.8	1.0	2.0	-3.7
Mannheim	96.0	767.5	29.	772.5	20.	737.9	-0.2	2.2	0.5	0.8	3.8	-1.5	1.1	5.3	14.	11.0	31.	-9.1	20.	13.3	-1.5	-0.8	4.5	1.7	2.3	-2.2
Heidelberg	120.3	755.4	29.	770.0	20.	736.1	0.7	2.6	1.2	1.4	3.9	-0.9	1.5	4.8	14.	12.7	31.	-8.2	20.	13.3	-0.9	0.6	5.7	1.6	2.6	-1.6
Buchen	345.0	734.7	29.	749.6	20.	716.5	-2.0	0.4	-1.8	-1.3	1.4	-4.5	-1.6	5.9	14.	7.5	7.	-14.6	9.	15.0	-4.2	-2.4	2.8	-0.2	0.4	-4.8
Bertheim	142.3	753.3	29.	768.8	20.	734.2	-1.0	1.3	-0.5	-0.2	2.1	-2.5	-0.2	4.6	14.	9.1	31.	-11.0	4.	8.8	-2.7	-2.0	3.0	1.4	1.7	-3.2

Mittlere Karlsruher Dreifheit.

Niederschlag.

Stationen	Flussgebiet	Höhe der Aufgangsfäche über dem Meer. (Normal-Null) in m	Monatssumme der Niederschläge in mm	Größter täglicher Niederschlag in mm	Tage mit							Stationen	Flussgebiet	Höhe der Aufgangsfäche über dem Meer. (Normal-Null) in m	Monatssumme der Niederschläge in mm	Größter täglicher Niederschlag in mm	Tage mit																	
					Niederschlag	Regen	Schnee	Sogel	Thau	Reif	Nebel						Wetterstufen	Niederschlag	Regen	Schnee	Sogel	Thau	Reif	Nebel	Wetterstufen									
Billingen	A. Donaugebiet.	709.1	19.0	20.	6.0	14	10	9	2	2	9	9	Freiburg	Dreisam	269.2	44.7	11.	21.0	17	15	1	3	8	16	—	—	—	—	—	—	—	—		
Donaufschingen	Brigach	690.8	12.0	20.	4.3	5	3	2	—	—	8	8	Reppenbach	Elz (Brettenbach)	275.2	37.9	11.	18.0	12	11	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Bertheim	Bera	869.7	13.0	20.	4.6	8	3	5	—	—	12	12	Schiltach	Kinzig	338.4	83.7	11.	17.8	13	11	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Meersburg	B. Rheingebiet.	435.0	11.8	12.	2.7	11	7	4	—	—	3	6	Kniebis	Kinzig (Wolf)	900.8	71.3	11.	22.8	15	6	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Rainau	Bodensee	415.1	10.1	14.	2.1	10	7	3	—	—	3	7	Rippoldsau	Kinzig (Wolf)	561.6	77.6	11.	24.6	13	10	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Freiburg	Bodensee (Salemmer Bach)	733.5	12.6	14.	2.6	16	8	9	—	—	13	13	Ruggbad	Kinzig (Gutach)	727.4	60.6	11.	21.2	12	8	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Heiligenberg	Bodensee (Radolfs. Bach)	625.0	20.3	20.	8.4	8	6	3	—	—	25	11	Gengenbach	Kinzig	179.1	46.5	11.	12.7	11	10	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hirtelbrunn	Bodensee (Radolfs. Bach)	1266.9	145.1	?	15	13	8	3	—	—	8	8	Untere Murg (Schwab.)	Kinzig	758.0	82.1	11.	22.8	16	11	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Feldberg-Gasth.	Butsch u. Hauent. Alb	848.0	43.2	20.	17.8	15	8	8	—	—	20	12	Dangenbrand	Untere Murg	220.4	55.9	11.	12.0	15	13	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Titisee	Butsch (Merenbach)	850.4	16.6	20.	7.4	9	2	6	—	—	2	12	Baden	Untere Murg (Doß)	219.9	58.8	11.	11.7	15	13	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Donndorf	Butsch (Schlicht)	1008.0	19.3	20.	5.0	9	4	8	—	—	1	12	Schielberg	Untere Alb (Raisfaden)	417.1	58.2	20.	10.9	16	12	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hörschenschwand	Hauent. Alb	921.7	44.2	11.	15.6	12	6	8	—	—	1	1	Karlsruhe	Untere Alb	117.5	41.2	21.	7.4	14	12	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Bernau	Murg (obere)	879.0	24.4	11.	9.8	12	5	9	—	—	3	3	Bretten	Saalbach	188.9	36.9	4.	6.4	13	10	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Segeten	Reh	807.8	42.5	11.	13.3	9	4	6	—	—	2	1	Kaltenbrunn	Rekar (Eszenz)	864.8	47.9	20.	10.5	14	8	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Lodnauberg	Reh	1027.4	82.4	11.	41.9	13	6	9	—	—	1	8	Tiefenbrunn	Rekar (Wärm)	429.1	21.9	4.	6.1	11	9	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Schweigmatt	Wiese (Schönenbach)	734.4	28.3	11.	12.7	8	3	5	—	—	13	4	Diesheim	Rekar	139.6	43.0	20.	8.8	14	9	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Reutenweg	Wiese (Kleine Wiese)	727.4	67.9	11.	27.3	12	7	5	—	—	2	1	Eberbach	Rekar	130.5	55.6	20.	16.4	7	6	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
Badenweiler	Klembach	398.7	33.5	10.	15.4	10	8	2	—	—	1	5	Strümpfelbrunn	Rekar	529.3	66.1	20.	16.0	14	9	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Obermünsterthal	Reumagen	539.1	63.9	11.	17.8	12	11	3	—	—	1	4	Essenz	Rekar (Essenz)	239.1	33.6	4.20.	6.0	11	8	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Schelingen	Krebsbach (Krottenbach)	313.9	26.4	11.	10.9	9	8	1	—	—	7	3	Rekar	Rekar (Essenz)	443.0	42.4	14.	9.4	13	7	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Breitnau	Dreisam	1020.6	47.7	11.	17.2	12	6	8	—	—	1	3	Freiburg	Rekar	114.9	31.8	14.	8.1	11	10	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Hofsgrund	Dreisam (Brugga)	1146.3	63.9	11.	22.7	12	5	9	—	—	3	3	Mannheim	Rhein und Rekar	95.8	30.1	4.	7.4	12	9	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
St. Peter	Dreisam (Esbach)	686.3	45.6	11.	17.3	13	10	4	—	—	1	1	Bertheim	Rhein	150.9	35.1	14.	20.	6.8	13	10	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
													Buchen	Rhein (Rubbach)	341.3	42.2	20.	10.5	15	11	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Wasserstände an den Rheinpegeln in Meter:

Datum	Konstanz	Waldshut	Basel	u. Breisach	Schl.	Marau	Mannheim
1.	3.04	1.57	0.69	1.55	1.90	3.16	2.81
2.	3.01	1.54	0.60	1.56	1.89	3.13	2.75
3.	3.00	1.55	0.55	1.53	1.88	3.12	2.73
4.	2.99	1.48	0.48	1.41	1.85	3.09	2.67
5.	2.96	1.50	0.51	1.46	1.83	3.04	2.62
6.	2.95	1.44	0.45	1.42	1.83	3.05	2.58
7.	2.94	1.42	0.42	1.32	1.79	3.00	2.56
8.	2.93	1.39	0.38	1.28	1.76	2.98	2.51
9.	2.91						